

VORAN

Marxistische Zeitung

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

In dieser Ausgabe:
VORAN -
„Interview“ mit
Rosa Luxemburg:
Abrüstung und die
Sozialdemokratie

Seite 4 und 5

Nr. 67 Oktober/November 1983
60 Pfg. — Solidaritätspreis 1,- DM

SPD-Parteitag muß Klarheit bringen

NEIN ZUR RAKETEN-STATIONIERUNG!

Frieden durch Sozialismus

Trotz Appellen der Parteispitze, die Genossen sollten doch die Nerven behalten, bis die Genfer Verhandlungen abgeschlossen sind, ist der Widerstand in der SPD gegen die Stationierung US-amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik stark angewachsen.

Viele SPD-Bezirks- und Landesparteitage haben die Stationierung bedingungslos abgelehnt.

Darüber werden sich alle SPD-Mitglieder freuen, die sich konsequent für eine klare Haltung der Partei zu Frieden und Abrüstung eingesetzt haben. Doch dies ist noch nicht alles. Jetzt muß der Bundesparteitag im November diesen Kurs beschließen. Es darf nicht wieder zu faulen Kompromissen kommen.

Jahrelange Verhandlungen und Verträge haben letztenendes doch nur zur weiteren Aufrüstung geführt. Jetzt muß gehandelt werden — und nicht nur verhandelt!

Reden unserer Politiker werden die Arbeiter und Angestellten im Osten noch nicht davon überzeugen, daß wir keinen Krieg wollen. Die Kriegsmaschinerie muß abgebaut werden.

Die hysterischen Schreie von CDU/CSU und FDP und vor allem Herrschaften wie Geißler dürfen wir nicht hinnehmen. Wenn die von der Gefahr für die NATO sprechen, dann müssen wir von der Gefahr sprechen, die von der NATO ausgeht. Die NATO hatte und hat Militärdiktaturen unter ihren Mitgliedsländern (Türkei, Griechenland, Portugal) und stützt auch sonst Dutzende von Militäregimes in aller Welt (z.B. in Lateinamerika). Man muß sich doch fragen, wen die NATO überhaupt verteidigt — unsere „Freiheit“ ganz bestimmt nicht.



Die Stationierung von Mittelstreckenraketen verhindern, heißt aber noch lange nicht, Kriege

überhaupt zu verhindern. Der Kampf darf hier nicht stehenbleiben. Eine ständig wachsende Kriegsmaschinerie gehört zum Wesen einer kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft, und zunehmende kapitalistische Krisen zwingen die Herrschenden dazu, ihre Politik letztenendes auch mit dem Mittel des Krieges fortzusetzen.

Der Kampf für den Frieden ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für die Verteidigung von Lebensstandard und Arbeitsplätzen, mit dem Kampf um eine bessere, eine sozialistische Gesellschaft. Nur eine sozialistische Demokratie in West und Ost kann die Bedrohung des Friedens durch die Machteliten hüben und drüben beseitigen.

Daher müssen wir konkrete und kämpferische Forderungen aufstellen:

- Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter.
- Überführung der Rüstungsindustrie in Gemeineigentum.
- Demokratische Kontrolle und Planung der Produktion durch Vertreter von Belegschaften, Gewerkschaft und Staat.
- Für den Austritt aus der NATO!
- Radikale, einseitige und bedingungslose Abrüstung jetzt!
- Für einen heißen Herbst - nicht nur auf der Straße, sondern auch in SPD und Gewerkschaften!

Stuart Garvie, Köln
Mitglied der Juso-AG Altstadt-Nord

Stahl- und Werftenkrise, Massenentlassungen, Betriebsbesetzungen

IG-Metall im Umbruch

Vor dem Hintergrund der größten wirtschaftlichen Krise seit Kriegsende kam der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall zusammen. In der Stahl- und Werftenindustrie stehen Massenentlassungen und Werkschließungen auf der Tagesordnung. Gleichzeitig ist unser Lebensstandard in den letzten fünf Jahren um über 10% zurückgegangen.

1982 hatte die IG Metall erstmals einen leichten Mitglieder-rückgang zu verzeichnen. Doch in den letzten Wochen ist deutlich geworden, daß sich viele Kollegen wehren wollen. Die Werftbesetzungen in Hamburg und Bremen fanden viel Sympathie und Unterstützung. Am 29.9. demonstrieren in Bonn 130.000 Stahl- und Werftarbeiter — die Hälfte aller in diesen Branchen Beschäftigten! In einzelnen Orten wie Neunkirchen oder Hattingen/Ruhr haben Solidaritätsaktionen schon einen wichtigen Teil der Bevölkerung erfaßt.

Bei diesem Gewerkschaftstag kamen 80% der Delegierten direkt aus den Betrieben — mehr als sonst üblich. Die Diskussionen



waren teilweise sehr lebhaft und heftig. Die Beratung wichtiger Anträge mußte aus Zeitgründen vertagt werden!

Wohl zum ersten Mal seit Jahrzehnten wurde hier ausführlich über politischen Streik diskutiert. Doch Forderungen von der Basis nach Arbeitskampf gegen die Raketenstationierung wurden abgeschwächt. Die Arbeit soll dann niedergelegt werden, wenn die Raketenstationierung zu einer Si-

tuation führen sollte, in der die demokratische Grundordnung als Ganzes bedroht ist, heißt es in der Entschliebung.

Doch in anderen Fragen setzten sich die Delegierten gegen die Empfehlungen der Antragskommission klar durch. Breite Unterstützung fand die Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie.

Um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich dürfte es

Hinweis der Redaktion:

Diese VORAN-Ausgabe erscheint nur 6seitig.

Dafür wird die nächste Nummer 10 Seiten haben.

Betriebsbesetzungen.

Erfahrungen bei HDW (Hamburg) und Arendt (Sersheim bei Stuttgart)

Seiten 2 und 6.

1984 zu einem großen Streik kommen, wie ihn die BRD seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat.

Sozialpartnerschaft und Klassenharmonie gehören der Vergangenheit an. Die vor uns liegenden Auseinandersetzungen werden die ganze Gewerkschaftsbewegung auf die Probe stellen. Mit einem kämpferischen Programm und einer entschlossenen Führung wird die IG Metall gewinnen können.

„Gewaltfrei“ gegen Raketen?

Ein Gespenst geht um in der Friedensbewegung, und erhebliche Teile der Unterstützer feiern das neugefundene Schlüsselwort von der „gewaltfreien Aktion“. Doch obwohl es als Allheilmittel angepriesen und seine Anwendung gepredigt wird, herrschen noch immer höchst unterschiedliche, teils verworrene Anschauungen über diese „Wunderkraft“ vor.

Nach dem Wahlsieg im März geht die Wunschregierung des Kapitals an die Durchsetzung eines radikalen Sparprogramms und verteilt von unten nach oben um. Militarisierung und Aufrüstungspolitik liegen im Unternehmerinteresse. Grund sind die hohen Rüstungsprofite und der Ausbau des staatlichen Machtapparates zur Unterdrückung von Oppositionen. Daß die Herrschenden dabei nicht zimperlich vorgehen, zeigen uns zum Beispiel die Notstandsgesetze (nach denen die Bundeswehr gegen Streikende eingesetzt werden kann) und die Versuche des Innenministers Zimmermann zur Einschränkung des Demonstrationsrechts. Auch in anderen Ländern hat die herrschende Klasse ihre Bereitschaft zum Blutvergießen gezeigt, z.B. 1973 durch den Putsch in Chile.

Aus all dem kann nur der Schluß gezogen werden, daß der Staatsapparat, die Armee, Polizei usw. ein Instrument in den Händen des Kapitals ist. Es wird rücksichtslos und brutal zur Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung eingesetzt. Genauso wird sich die CDU/CSU/FDP-Regierung nicht scheuen, die Raketenstationierung gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes durchzusetzen (laut Umfragen sind ca. 75% gegen die Raketen).

Teile der Friedensbewegung organisieren zum Beispiel Sitzblockaden, um zu verhindern, daß Raketen, Munition usw. in Kasernen oder andere Aufstellungsgebiete transportiert werden. Nun hat sich aber bei den Blockadeaktionen in Mutlangen und Bitburg gezeigt, daß die Polizei nicht gerade sanft zupackt, um diese Verkehrshindernisse beiseite zu schaffen. Lediglich einige Prominente wurden höflicher behandelt. Als symbolische Aktionen, die einer breiteren Öffentlichkeit einen Denkanstoß geben könnten, mögen diese Blockaden ja einen gewissen Sinn haben. Unglücklicherweise treten dabei jetzt Propheten auf die Bühne, die verkünden, daß regelmäßige Blockaden die Stationierung verhindern und letztlich sogar die Gesellschaft ändern könnten. Weiter propagieren sie, daß eine kleine, gut gedillte Minderheit, in „Bezugsgruppen“ organisiert, den Kampf führen müsse. Die Bevölkerung darf allenfalls am Rande stehend ihre Sympathie kundtun.

In Indien hat nicht Ghandis Fasten, sondern eine breite Streikwelle der Arbeiter die Unabhängigkeit vom britischen Imperialismus gebracht. Und warum sollen hier in Deutschland nicht die 75% der Bevölkerung aktiv werden, die ohnehin gegen die Raketen sind. Etwa 80% der Bevölkerung sind Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte, der DGB mit acht Millionen Mitgliedern ist die stärkste Kraft im Lande. Ihre einheitliche Kampfkraft könnte die Stationierung verhindern. Der fünfminütige Generalstreik des DGB am 5. Oktober (Aktion fünf vor zwölf) wurde stark befolgt, und bei allen Mängeln zeigte er die mögliche Kraft der arbeitenden Bevölkerung. Überdies könnten im Zuge eines größeren Streiks wahrscheinlich die meisten Soldaten und Polizisten für die Sache der Arbeiter gewonnen werden, immerhin stammen auch sie aus kleinen Verhältnissen.

Weiterhin wäre diese Bewegung in der Lage, die Ursachen der Aufrüstung zu beseitigen. Durch die Verstaatlichung unter demokratischer Arbeiterkontrolle kann die Rüstungsproduktion auf zivile, sinnvolle Güter umgestellt werden. Mit der Sozialisierung der zweihundert größten Banken und Konzerne kann ein und für allemal die Profitgier der Monopole als Triebfeder von Kriegen ausgeschaltet werden. Minderheitsaktionen, egal ob gewaltlos oder gewaltsam, haben noch nie etwas verändert. Genausowenig kann die Gewaltfreiheit zum Grundsatz erhoben werden. Die Oktoberrevolution verlief fast ohne Blutvergießen (zwölf Tote beim Sturm des Winterpalais), weil die Arbeiter organisiert und bereit waren, sich durch Milizen selbst zu verteidigen. Anschließend hatte die junge Arbeiterrepublik das gute Recht, sich militärisch (und in diesem Sinne auch, wenn man so will, mit Gewalt) gegen die weißen Garden und Interventionsarmeen zu wehren. Ebenso muß sich die sandinistische Regierung in Nicaragua politisch und militärisch gegen eine drohende US-Intervention verteidigen.

Wenn die Friedensbewegung ihr Ziel — den Frieden — wirklich erreichen will, ist ein Zusammengehen mit der Arbeiterbewegung, mit SPD und Gewerkschaften, im Kampf für den Sozialismus notwendig. Andernfalls besteht die Gefahr, eines Zusammenbrechens der Friedensbewegung aus Mangel an Kampfperspektive nach dem „heißen Herbst“.

KAMPFFONDS

Spendensammlung erfolgreich

Unsere Leser und Anhänger haben uns nicht im Stich gelassen. Unsere Sonderspendenkampagne für einen Fotosatzcomputer konnten wir erfolgreich abschließen. Wir haben das Ziel von 12.000 DM sogar etwas überschritten.

Insgesamt gingen 12.323 DM ein, davon 10.523 DM in bar, der Rest als private Kreditzusagen. Damit können wir das Gerät nun endgültig bezahlen; die verbesserte Aufmachung und Qualität von VORAN ist gesichert. Wir danken an dieser Stelle allen, die dazu beigetragen haben!

Stellvertretend für die zahlreichen Spender stehen:

Stuttgart: Ursel Beck und Hans Blunck 200 DM; Dieter Janßen 150 DM. Remscheid: Hans-Gerd Öfinger 200 DM; Lilli Bankert 100 DM; Ute Kuhlmann 10 DM; Harald Neumann 10 DM; Iris Inthertal 50 DM.

Außerdem Janpeter Meindl, Darmstadt 15 DM; Kurt Pfeifle, Gechingen 450,55 DM; Dorothee Kirschbaum, Köln 70 DM; Hubert Batsch, Marburg 500 DM; Karl Heinz Motes, 20 DM; T. Moston, Fröndenberg 50 DM; Marianne Rickert, Dortmund 14 DM; Birgit Öfinger, Freiburg 50 DM.

Nach diesem guten Ergebnis müßte es eigentlich gelingen, bis zum Jahresende die 20.000 DM zu erreichen. Natürlich wollen wir auch schnell die Kredite zurück-

12.000.-
11.000.-
10.000.-
9.000.-
8.000.-
7.000.-
6.000.-
5.000.-
4.000.-
3.000.-
2.000.-
1.000.-

Spenden an: Voran
Postscheckamt Essen
Kto.-Nr. 2500 59-430

zahlen, mit denen uns einige Genossen und Kollegen ausgeholfen haben. Darum dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen! Alle, die sich fest vorgenommen hatten, für das Fotosatzgerät eine Spende zu überweisen, können und sollten dies also immer noch tun.

In der nächsten Zeit werden sicherlich die Auseinandersetzungen in den Betrieben zunehmen. Betriebsbesetzungen wie die bei HDW-Hamburg werden auch von anderen Belegschaften aufgegriffen werden; die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird nur nach harten Kämpfen zu erreichen sein.

Um über diese Kämpfe, die Hintergründe, Erfolge, Mißerfolge, Lehren angemessen zu berichten, und gleichzeitig unsere sozialistische Alternative zu verbreiten, müssen wir öfter erscheinen. **Außerdem brauchen wir noch mehr Mitarbeiter und Redakteure, die sich vor Ort informieren können!**

Wer unsere Ideen unterstützt, muß auch für VORAN spenden. Jeder Groschen, jede Mark ist wichtig!

ARBEITER WOLLEN BETRIEB WEITERFÜHREN

Am Freitag, den 8. Oktober, begann in Sersheim bei Stuttgart die Besetzung der Maschinenfabrik Hans F. Arendt. Bevor der Alleinbesitzer Arendt Konkurs angemeldet hatte, wurden in dieser Fabrik von ca. 130 Arbeitern und Angestellten Waschautomaten für Großwäschereien hergestellt.

Die Besetzung wurde fünf Tage später während einer Betriebsversammlung bei einer Gegenstimme vorläufig aufgehoben. Vorausgegangen waren Verhandlungen des Betriebsrates und der IG-Metall mit dem Konkursverwalter, die den Arbeitern einen ersten Teilerfolg brachten.

Fabrikbesitzer Arendt hatte sich schon seit drei Monaten nicht mehr im Betrieb sehen lassen. Obwohl Aufträge über zwei Millionen DM vorliegen, verkaufte er Patente ans Ausland. Er hat die Pleite offensichtlich geplant, um sich zu bereichern. Sogar die Ölgemälde aus seinem Büro hat er weggeschafft.

Am Dienstag besuchten wir die Fabrik und überreichten eine Solidaritätsadresse der Jusos Stuttgart. Die Belegschaft erwartete den Konkurs schon seit Juli und war vom Betriebsrat informiert worden.

Werner Blum ist seit 20 Jahren im Betriebsrat. Er hat das Vertrauen der Belegschaft, „weil ich mich nie über den Tisch habe ziehen lassen. Ich habe mich nie auf die andere Seite gesetzt. Wir alle im Betriebsrat haben immer eine klare Linie vertreten.“

Auf der Betriebsversammlung wurde die Besetzung endgültig beschlossen. Werner Blum: „Zeitung und Fernsehen waren da. Ich hielt eine Rede und der Konkursverwalter wurde bleich wie die Wand“. Anfangs drohte der Konkursverwalter mit Räumung durch die Polizei. „Durch die Besetzung hat sich der um 180 Grad gedreht“, erzählte Frieder, der als einziger gegen die Aufhebung der Besetzung stimmte. „Nicht weil ich gegen das bin, was der Betriebsrat verhandelt hat, aber ich würde mich denen da oben nicht voll anvertrauen.“

In dieser Betriebsvereinbarung sind fast alle Forderungen der Belegschaft erfüllt. Alle „freigestellten“, d.h. vorläufig entlassenen Arbeiter und Angestellten erhalten das Recht, die Kantine und einen weiteren Raum zur Ausarbeitung eines Konzepts für die Weiterführung des Betriebs zu benutzen. Die Betriebsräte, die alle „freige-

stellt“ sind, dürfen das ganze Betriebsgelände betreten. Der Betriebsrat erhält alle wichtigen wirtschaftlichen Daten des Betriebes, sowie Einsicht in die Konstruktionszeichnungen. Die Belegschaft hat bis zum 11. November Zeit, ihr „Unternehmenskonzept“, vorzulegen. Falls sie dann die notwendigen finanziellen Mittel aufbringen kann, kann sie den Betrieb kaufen und hat dabei Vorkaufsrecht.

Im Augenblick werden dringend Spenden benötigt, um die Öffentlichkeitsarbeit und die Ausarbeitung des „Konzeptes“ zu finanzieren. Von zahlreichen Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern aus umliegenden Betrieben, wie z.B. SWF, Mahle, Bosch sind bereits Solidaritätsadressen und Spenden eingegangen.

Kontaktadresse: **Werner Blum, Lenaustr. 11, 7143 Vaihingen/Enz 3**
Tel.: Fa. Arendt 07042/ 3021, Betriebsrat verlangen
Spendenkonto: Nr.880048 bei Kreissparkasse Ludwigsburg, BLZ 604 500 50

Dieter Janßen, Stuttgart
Jungsozialisten

Wie soll es weitergehen?

Die Initiative der Arendt-Belegschaft, die Fabrik zu besetzen und später übernehmen zu wollen, zeigt, daß Arbeiter sehr wohl in der Lage sind, den Produktionsprozeß zu planen und zu organisieren — und zwar ohne leitende Angestellte und Direktoren.

Wer aber garantiert, daß der Konkursverwalter und die Banken später die Pläne der Belegschaft nicht dazu mißbrauchen, den Betrieb zu „sanieren“ und doch noch Entlassungen vorzunehmen? Außerdem bedeutet ein möglicher Kauf der Firma durch die Belegschaft, daß die betreffenden

Banken den Arbeitern noch einmal kräftig das Geld aus der Tasche ziehen (u.a. die staatliche Baden-Württembergische Bank), während sie schon vorher die Gewinne einsteckten, die von den Arbeitern und Angestellten erarbeitet wurden.

Die Übernahme des Betriebes durch die Belegschaft ist sicherlich die einzige Möglichkeit, die Arbeitsplätze zu erhalten. Allerdings besteht die Gefahr, daß der Betrieb von anderen Konzernen bewußt in die Pleite getrieben wird, um zu verhindern, daß dieses Beispiel Nachahmung durch Belegschaften anderer Firmen findet. Mas-

senentlassungen und Firmenschließungen gibt es mittlerweile genug...

Deshalb muß vor allem die Gewerkschaft dafür sorgen, daß Betriebsbesetzungen und Betriebsübernahmen durch die Belegschaft keine Einzelfälle bleiben. In einer kapitalistischen Wirtschaft haben einzelne Betriebe, die sich in Gemeineigentum befinden, keine große Chance, langfristig bestehen zu bleiben. Der DGB muß eintreten für die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.

SPD-Sieg in Hessen und Bremen

Denkzettel für Kohl

Maria Clara Roque,
Wiesbaden SPD-Mitglied

In Hessen wurde am 25. September 1983 erneut gewählt. Diese Wahlen sollten die Entscheidung bringen, welche Partei künftig im hessischen Landtag die ausschlaggebende Mehrheit erhalten würde, damit die geschäftsführende SPD-Regierung durch eine reguläre Landesregierung abgelöst werden könne.

Trotz der starken, vor Optimismus und Selbstinitiative strotzenden Parolen der CDU und FDP hat sich die hessische Wählerschaft nicht für eine CDU/FDP Landesregierung entschieden. In nahezu allen Wahlkreisen gewann die SPD Stimmen hinzu. Die CDU hingegen konnte ihre Ergebnisse von den Landtagswahlen im vergangenen Jahr nicht halten.

Diese Ergebnisse sind aus Protest gegen die Bonner Regierung zustande gekommen. Denn der Sozialabbau an allen Ecken und Enden und das Ausbleiben der versprochenen „Wende“ wurden sichtbar. D.h. die Wende ist gekommen — in Form von „Gürtel enger schnallen“ - Parolen und noch mehr Druckausübung auf die ohnehin schon Unterdrückten. Eine solche „Wende“ wird aber offensichtlich nicht so gerne gesehen...

Der Zustrom zur SPD in Hessen (wie auch in Bremen) bedeutet keine kritiklose, begeisterte Zustimmung der Arbeiter und Jugendlichen zur bisherigen Politik der SPD und ihrer jeweiligen Führungspersonen. Die SPD machte im Wahlkampf keine klaren Aussagen zu den verschiedenen Themen. Ihr Programm ähnelte eher einer akrobatischen Balancenummer. Darin wird versucht, nicht irgendetwas, aber auch nicht direkt das Gegenteil zu behaupten. Wieder einmal hat sich gezeigt, wie

treu die traditionelle SPD-Wählerschaft sein kann, wenn sie sonst keine echte Alternative sieht: Die Grünen haben in der Flughafen-Anlieger-Gemeinde und Hochburg der Startbahn-West-Gegner, Mörfelden-Walldorf, erhebliche Verluste hinnehmen müssen. 1982 haben sie dort 33,5% der Stimmen für sich sammeln können, da sie sich im Widerstand gegen den Bau der Startbahn West einsetzten. Dieses Jahr waren es dagegen 19,2%. Viele Wähler sind der SPD zugewandert ohne daß sie plötzlich glühende Anhänger der Startbahn West wären.

Die DKP konnte ihren Abwärtstrend bei Landtagswahlen fortsetzen und die „Demokratischen Sozialisten“, die letztes Jahr mit großem Getöse als neue „Partei links von der SPD“ gegründet wurden, sind mit ganzen 3.217 Stimmen (0,1%) kläglich gescheitert und damit wohl bald am Ende. Die FDP konnte ihre 7,6% und den Wiedereinzug in den Landtag einzig und allein wegen der Leihstimmenkampagne der CDU schaffen.

In Bremen hatte Bürgermeister Koschnick wenige Tage vor der Wahl auf einer Betriebsversammlung seine Zustimmung zur Schließung der Werft „AG Weser“ erklärt. Dies provozierte heftige Proteste der Arbeiter und den demonstrativen SPD-Austritt des Betriebsratsvorsitzenden Hans Ziegenfuß.

Das gute Ergebnis für die Bremer SPD ist deshalb in erster Linie Ausdruck des Protestes gegen die Bonner Bundesregierung. Der Aufruf der „AG Weser“-Kollegen, keine Partei zu wählen, die sich für die Schließung der Werft einsetzt, verfehlte die erwartete Wirkung: Erstens zeigte er keine annehmbare Alternative auf und sagte

nicht, wem man die Stimme geben sollte. Und zweitens verstanden viele (politisch weniger gut informierte) Arbeiter den Aufruf vielleicht sogar als Appell gegen die Bonner Rechts-Regierung.

In Hessen fehlen der SPD fünf Sitze zur absoluten Mehrheit. Darum wird gerätselt, ob früher oder später Koalitionen eingegangen werden, oder ob die geschäftsführende SPD-Landesregierung weiter im Amt bleibt.

Die SPD muß jetzt einen Schlußstrich unter die Vergan-

genheit ziehen und klare sozialistische Politik im Interesse der lohnabhängigen Mehrheit im Volk betreiben:

- Für Arbeitszeitverkürzung und ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm
- Kein Sozialabbau sondern Ausbau der Sozialleistungen
- Für Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle.
- Produktion und Investitionen nach den Bedürfnissen der Be-

völkerung und nicht für den Profit.

- Kompromißloses Nein zur Raketenstationierung.
- **Sofortige Taten** zur Rettung der Umwelt — auch gegen den Widerstand der Unternehmer und Kraftwerkbetreiber und auf ihre Kosten.

Mit einem solchen Programm wäre der SPD die Unterstützung der Grünen im hessischen Landtag und die absolute Mehrheit bei den nächsten Bundestagswahlen sicher.

Polizei schützt Faschisten



Am 1./2. Oktober hielt die NPD im niedersächsischen Fallingbommel ihren Bundesparteitag ab. Viele SPD- und Gewerkschaftsmitglieder hatten dies als Provokation aufgefaßt und gefordert, durch massive Gegenaktionen diese Nazi-Veranstaltung zu verhindern.

Der Versuch des DGB, einen gemeinsamen Appell aller Parteien gegen diesen Parteitag zu organisieren, stieß auf „unerwartete“ Schwierigkeiten. Wegen des Hinweises im Appell darauf, daß die NPD den Ausländerhaß schürt und neonazistisch und antidemokratisch ist, lehnte die CDU ab zu unterschreiben.

Dies darf nicht verwundern. Der Staat und die herrschende Klasse sind daran interessiert, die Neonazis als Hilfstuppe am Leben zu erhalten, um später einmal die Arbeiterbewegung zu terrorisieren. Die NPD wäre schon längst bankrott, würde ihr nicht immer wieder die Rückzahlung zu viel erhaltener staatlicher Wahlkampfkostenerstattung aus dem Jahre 1972 (!) in Millionenhöhe gestundet; und zwar zinslos, vom Land Baden-Württemberg sowie von der Bundestagsverwaltung.

Der DGB demonstrierte am 1. Oktober allerdings (leider) nicht direkt am Ort des Geschehens, sondern im benachbarten ehemaligen KZ Bergen-Belsen. In Fallingbommel selbst kamen aber doch noch 1.000 Demonstranten zusammen, darunter auch etliche Jusos aus dem Raum Hannover. Es kam zu Zusammenstößen zwischen der massiv aufgebotenen Polizei und „autonomen“ Demonstranten.

Die Arbeiterbewegung ist die einzige Kraft, die den braunen Spuk beenden kann. Der DGB wäre stark genug, um mühelos Aktionen und Kampagnen der Neonazis im Keim zu ersticken.

Mutterschaftsgeld wird gekürzt

BITTERE PILLE FÜR MÜTTER

Der Einfallsreichtum der Koalition, dem kleinen Mann ins Portemonnaie zu greifen scheint unerschöpflich.

Stichwort: Mutterschaftsgeld

Kaum ein prominenter Unions- oder FDP-Politiker, der nicht in irgendeiner Form seine Vorstellung zum besten gegeben hätte.

Was wie das Ringen um eine gerechte Lösung aussieht, ist tatsächlich ein wirkungsvolles Verwirrspiel, das den nur am Rande politisch interessierten Bürger, im unklaren darüber läßt, was nun tatsächlich auf die Betroffenen zukommt. Der Rot- (Schwarz-) stift wird jedenfalls von dieser, von der sozialliberalen Koalition erst vor einigen Jahren eingeführten Sozialleistung nur noch wenig übriglassen.

Nicht gespart wird allerdings an Listen und Tricks, den Bürgern die Sache verständlich, ja erstrebenswert zu machen.

Nehmen wir die ersten drei wesentlichen Modelle.

1. Das Mutterschaftsgeld wird von 750 auf 600 DM zusammengestrichen und nur noch drei Monate gezahlt.

2. Man läßt es bei den vier Mona-

ten Zahlung, geht aber auf 450 DM herunter.

3. Die Zahlung wird von der Höhe des Familieneinkommens abhängig gemacht.

Alle Modelle haben eins gemeinsam: sie sollen schon im nächsten Jahr wirksam werden und gehen zu Lasten der Mütter.

Dieser bitteren Pille wird schnell ein Bonbon nachgeschoben, ab 1987 soll (!) das Mutterschaftsgeld auch an nicht berufstätige Mütter gezahlt werden. Es steht allerdings zu befürchten, daß es auch dann wieder „gute“ Gründe geben wird, die Sache kurz-entschlossen zu opfern.

Soviel sei noch vermerkt: es geht hier um einen Spareffekt von 320 Millionen DM. Ein Betrag, der z.B. bei der Festlegung des Rüstungshaushalts nur am Rande Würdigung fände.

Ein politisches Scheingefecht also, das dem Bürger Sparwillen signalisieren soll, tatsächlich aber nur verschleiert, wie an anderen Stellen sorglos mit den anvertrauten Steuergeldern geplempert wird.

Iris Interthal, Remscheid
Hausfrau und Mutter

Millionen für Stimmungsmache

Alle reden in Bonn vom Sparen. Nur Regierungssprecher Boenisch und sein Bundespresseamt nicht. Sieben Millionen Mark will er sich über einen Nachtragshaushalt für eine Aufklärungskampagne zugunsten der NATO-Nachrüstung bewilligen lassen.

Und so sollen die 75 Prozent der Bundesbürger, die laut einer ZDF-Umfrage gegen die Nachrüstung sind, zur atomwaffenfreundlichen Mehrheit verwandelt werden:

Zunächst durch eine fünfteilige Anzeigenserie unter dem Titel „Frieden braucht Sicherheit“. Ferner soll ein zweiseitiges Falblatt in einer Auflage von „mindestens einer Million“ unters Volk gebracht werden. Weiterhin sind ge-

plant:

Hunderttausende von Autoaufklebern, eine Sonderausgabe der Reklamezeitschrift „Politik“, die in siebzehn Millionen Exemplaren Tageszeitungen beigelegt werden soll, sowie 250.000 Broschüren zur Abrüstungspolitik mit einem Vorwort von Hans-Dietrich Genscher. Mehr noch: Mitarbeiter des Bundespresseamtes sollen sich als „Frühwarnsystem“ betätigen, sobald bei ARD oder ZDF Diskussionssendungen zur NATO-Nachrüstung angesetzt sind, damit regierungstreue Personen ins Programm geschleust werden können.

Zwar wehrte sich zum Beispiel Martin Schulze, ARD-Koordinator

für solche Sendungen, gegen eine solche Praxis. Da aber die Union in der Mehrzahl der neun ARD-Sender in deren Gremien sowie bei ZDF/Mainz über stabile Mehrheiten verfügt, dürfte es schwer sein, den journalistischen Widerstand aufrecht zu erhalten. Und wenn ein CDU-Mitglied wie Franz Alt es wagt, die Raketenstationierung zu kritisieren, wird es einfach vorläufig abgesetzt.

Noch heute klappt im Inlands-Etat des Presseamts ein Loch von einer Million Mark, die für die Volkszählungskampagne verschleudert wurde.

Lars Martin Dudde,
Stuttgart, Jungsozialisten

„Interview“ mit Rosa Luxemburg

» MILITARISMUS IST AUSDRUCK DES KLASSEN- STAATES «



Das folgende „Gespräch“ mit Rosa Luxemburg hat in Wirklichkeit natürlich nie stattgefunden. Trotzdem sind alle Antworten von Rosa „echt“. Wir haben diese Form der Darstellung ihrer Gedanken zu den Themen Frieden, Abrüstung, Militarismus und Krieg gewählt, weil wir es für die einfachste Vorstellung ihrer Ideen halten. Es ist uns klar, daß das Herausgreifen von Zitaten, die vor Jahrzehnten geschrieben wurden, problematisch ist. Wir haben nur allgemeine Aussagen gewählt, die wir auch heute noch für gültig halten und die auf die heutige Situation angewendet werden können.

Wenn Rosa Luxemburg in diesem Gespräch von der Sozialdemokratie spricht, versteht sie darunter die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Zeitlebens, auch als SPD-Mitglied (bis 1916), kämpfte sie für marxistische Positionen in der deutschen Arbeiterbewegung.

Um den Text nicht zu sehr zu verunstalten, haben wir auch nicht jede Auslassung im Original kenntlich gemacht. Wer Zweifel hat, kann die Zitate an den angegebenen Stellen in der Ausgabe der gesammelten Werke vom Dietz-Verlag Berlin (1979) nachlesen.

Alle sagen, „Wir wollen Frieden.“ Und rüstet der Gegner nicht ab, muß aufgerüstet werden — sagen uns die Rechten.

Man sagt uns, die Völker lauern wie bissige Hunde, wie Wölfe aufeinander. Wir werden als Vaterlandsfeinde verschrien, wir haben nicht den nötigen Patriotismus in der Brust und wollen nicht zugeben, daß die Völker wie blutgierige Bestien sich gegenüberstehen.

Und uns soll weisgemacht werden, die gigantische Aufrüstung solle nur der Verteidigung dienen.

Hier haben wir wieder als Basis der ganzen politischen Orientierung jene famose Unterscheidung zwischen Verteidigungskriegen und Angriffskriegen. Was ist in der Tat ein Verteidigungskrieg? Wer wird es übernehmen, mit Sicherheit von einem Kriege zu behaupten, er gehöre zu dieser oder jener Kategorie? Und wie leicht ist es für die Diplomatie eines Militärstaates, durch einfache Lücken und Tücken einen schwachen Gegner zum Angriff zu zwingen, wenn ihm selbst der Krieg erwünscht ist?

Friedensverträge?

Aber es wird doch behauptet, daß durch den Abschluß von Verträgen der Ausbruch von Kriegen verhindert wird.

Welches politische Kind weiß nicht heute, daß Verträge nur dazu gemacht werden, um bei entsprechender Verschiebung der Kräfte gebrochen zu werden? Wo ist bis jetzt ein internationaler Staatsvertrag, der nicht gebrochen worden wäre? An die Unantastbarkeit der internationalen Verträge kann nur glauben, wer keine Ahnung davon hat, daß sich die internationale Lage in ständigem Fluß befindet.

Sollte man Verträge also ablehnen?

Daß wir solche Verträge, wenn sie praktisch an uns herantreten, ablehnen müßten, wäre eine törichte Meinung. Aber nicht nur tö-

richt, sondern verhängnisvoll ist es, den Kampf gegen den Krieg durch einen Kampf um Schiedsgerichte zu ersetzen oder dem Kampf um Schiedsgerichte im Kampf gegen den Krieg auch nur eine nennenswerte Rolle einzuräumen.

Kapitalismus — Militarismus

Siehst Du denn überhaupt eine Möglichkeit, abzurüsten?

Die Einschränkung der Rüstung liegt nicht auf der Linie der Fortentwicklung des internationalen Kapitalismus. Nur wer einen Stillstand in der Weltpolitik erhofft, kann einen Stillstand in den Fortschritten des Militarismus für wahrscheinlich halten.

Aber wir erleben ja das genaue Gegenteil; die Gegensätze wachsen, und mit ihnen die Rüstung.

Mit der Fortentwicklung des Kapitalismus und des Weltmarktes wachsen und steigern sich diese Gegensätze zusammen mit den inneren Klassegegensätzen. An die Möglichkeit, diese internationalen Konflikte abflauen zu lassen, kann nur glauben, wer an die

Milderung und Abstumpfung der Klassegegensätze, an die Eindämmung der wirtschaftlichen Anarchie des Kapitalismus glaubt.

Du sprichst von der wirtschaftlichen Anarchie des Kapitalismus. Welches Interesse haben die Kapitalisten an der Rüstung, sie können doch selbst Opfer werden?

Der Militarismus scheint rein ökonomisch für das Kapital als ein Mittel ersten Ranges zur Realisierung des Mehrwerts.

Doch den größten Nutzen aus der Rüstung der großen Armeen ziehen die Fabrikanten von Eisen und Stahl, Kanonen, Waffen und Panzerschiffen wie auch die verschiedenen Bekleidungs- und Nahrungsmittellieferanten der Armee. Hunderte (heute: Tausende, die Red.) von Millionen wandern auf diese Weise von der Regierungskasse in die Tasche einer Handvoll von Kapitalisten.

Profit und Rüstung

Rüstungsaufträge sind auch nichts anderes als Staatsaufträge für Eisenbahnen o.ä. Tagtäglich erhalten Unternehmer Steuererleichterungen und Subventionen — was ist denn das Besondere an

der Rüstungsproduktion?

Was bei militärischen Lieferungen hinzukommt, sind die unaufhörlichen technischen Umwälzungen und das unaufhörliche Wachstum der Ausgaben, so daß der Militarismus eine unerschöpfliche Quelle der kapitalistischen Gewinne darstellt. Der Militarismus bildet für die Kapitalistenklasse ökonomisch die glänzendste Anlageart wie gesellschaftlich und politisch die beste Stütze ihrer Klassenherrschaft.

Dem Volk wird gewöhnlich eingeredet, das Militär sei nötig zur Verteidigung des Landes gegen den Überfall der Feinde.

Was meinst Du denn, wofür das Militär gebraucht wird?

In Wirklichkeit werden diese gewaltigen Armeen nicht für die Verteidigung des Landes gebraucht, sondern für zwei andere Zwecke: für den Raub fremder Länder und um die werktätige Bevölkerung im eigenen Land in der Sklaverei der herrschenden Ausbeuter zu halten.

Außerdem ist die Rüstung gesellschaftlich gesehen reine Verschwendung. Die Waffen stehen rum und die Soldaten produzieren nichts.

Aber der größte Schaden, den die heutigen Armeen der arbeitenden Klasse zufügen, ist der, daß das Militär das Werkzeug zur Unterdrückung des Volkes durch die eigene Regierung im Lande ist!

Aber die Soldaten sind doch auch nur einfache Menschen.

Freilich dient das arbeitende Volk selbst im Militär. Der Soldat ist der gleiche Arbeiter und Bauer in Uniform. Aber der mehrjährige Militärdienst in Kasernen und die militärische Disziplin sind vorsätzlich so eingerichtet, aus dem Arbeiter und dem Bauern in Uniform ein gehetztes Tier zu machen. Nach dem mehrjährigen Drill vergiftet der Soldat, daß er ein Kind des Volkes ist. So haben die herr-

schenden Klassen und Regierungen im Militarismus eine Mordwaffe gegen die bewußten Arbeiter.

Viele Linke können sich aus diesen Gründen nicht vorstellen, daß je eine Revolution gelingen wird, in der auch noch die Soldaten zu den Arbeitern überlaufen.

Sie vergessen immer und immer wieder, daß eine ernste Massenaktion des Proletariats selbst nicht anders als in einer revolutionären Situation stattfinden kann, in einer Situation, die bereits die ganze Volksmasse, das ganze Land zur Gärung gebracht hat. Ist dem aber so, dann erscheint auch die „starre Wand der Bajonette“ unter einem ganz anderen Gesichtswinkel, denn in den revolutionären Momenten, wo die Sache der kämpfenden Proletariats zur Sache des ganzen arbeitenden Volkes wird, da erwartet auch im Soldaten der Bürger, der Sohn des Volkes, der Proletarier.

Diejenigen, die das heutige Militär als eine unwandelbare feindliche Macht der Revolution des Volkes gegenüberstellen, vergessen, daß die Revolution das Militär selbst in ihren Strudel zieht.

Volksbewaffnung

Die Rechnung der Herrschenden wird nicht aufgehen. Ist nicht trotzdem die Existenz eines stehenden Heeres eine Bedrohung für die Arbeiterbewegung?

Deshalb fordert die Sozialdemokratie (1906, d. Red.) die Abschaffung des Militärs. Für die Verteidigung des Landes wird keine Armee aus Hunderttausenden von Menschen benötigt. Es genügt, wenn die ganze erwachsene männliche Bevölkerung bewaffnet ist, und ihre Waffen immer zu Hause hält.

Die Volksbewaffnung ist natürlich ungeeignet für die Führung blutiger Eroberungskriege und Raub fremder Völker und Länder, weil ein ganzes Volk niemals bereit sein wird, sein Land zu verlas-



SPD: Versöhnung mit dem Militär?

sen, um zur Eroberung fremder Gebiete in ferne Länder oder über den Ozean zu ziehen. Vor allem jedoch ist die Waffe in der Hand des Volkes das beste Mittel gegen die Unterdrückung von Seiten der Kapitalisten.

Heißt das, Aufrüstung und Militarismus sind vom Kapitalismus nicht zu trennen?

Der Militarismus ist nicht der Schwerpunkt, sondern bloß ein Werkzeug der Klassenherrschaft. Der Militarismus ist der konkreteste und wichtigste Ausdruck des kapitalistischen Klassenstaates und wenn wir den Militarismus nicht bekämpfen, dann ist unser Kampf gegen den kapitalistischen Staat nichts als eine leere Phrase.

Worin siehst Du die Aufgabe der SPD im Kampf gegen den Militarismus?

In dem Militarismus kristallisiert sich die Macht und die Herrschaft ebenso des kapitalistischen Staates wie der bürgerlichen Klasse, und wie die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die ihn prinzipiell bekämpft, so gehört auch umgekehrt die prinzipielle Bekämpfung des Militarismus zum Wesen der Sozialdemokratie.

Heute hat die SPD eine andere Haltung dazu.

Die Verzichtleistung auf den Kampf mit dem militärischen System läuft praktisch auf die Verleugnung des Kampfes mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung überhaupt hinaus.

Moralische Appelle

Viele Führer der heutigen SPD begnügen sich mit moralischen Appellen an die Militärs.

Der kapitalistische Imperialismus soll „moralisch“ werden. Das ist ungefähr dasselbe, wie von der Prostitution zu verlangen, sie soll „moralisch“ werden.

Die SPD-Fraktion stimmte doch schon vor dem ersten Weltkrieg, am 4. 8. 1914, den Kriegskrediten im Reichstag zu.

Wenn der Zusammenbruch des 4. August etwas bewiesen hat, so ist es die welthistorische Lehre, daß eine wirksame Garantie des Friedens nicht fromme Wünsche und utopische Forderungen sind, sondern einzig und allein der tatkräftige Wille des Proletariats, seiner internationalen Solidarität treu zu bleiben. Nicht an Forderungen, sondern an der Fähigkeit, hinter diese Forderungen den Willen und die Tat zu setzen, hat es vor allem bei der deutschen sozialistischen Partei gefehlt.

Internationale Solidarität

Die Sozialdemokratie hat damals kläglich versagt, die internationale Solidarität wurde den nationalen Interessen des Kapitals geopfert. Viele SPD-Abgeordnete glaubten, die Gegensätze zwischen den Staaten und Klassen würden sich in der modernen bürgerlichen Gesellschaft automatisch verringern. Wie sah es vor dem ersten Weltkrieg mit solchen „Friedenstendenzen“ aus?

Werfen wir einen Blick auf die Vorgänge der letzten fünfzehn Jahre (1896 bis 1911 die Red.) der internationalen Entwicklung. Wo zeigt sich da irgendeine Tendenz zum Frieden, zum Abrüsten? Schon die nackten Tatsachen zeigen, daß seit fünfzehn Jahren beinahe kein Jahr ohne eine Kriegssaktion vergangen ist.

Wie kann man angesichts dessen von Friedenstendenzen der bürgerlichen Entwicklung reden? Wo sind sie zum Ausdruck gekommen?

Heute ist es nicht anders. Seit dem letzten Weltkrieg ist in der Welt kein einziger Monat ohne

kriegerische Auseinandersetzung vergangen.

Dies den Massen auseinanderzusetzen, alle Illusionen in Bezug auf die Friedensmache von bürgerlicher Seite rücksichtslos zu zerzausen und die proletarische Revolution als den einzigen und ersten Akt des Weltfriedens zu erklären, daß ist die Aufgabe der Sozialdemokratie angesichts aller Abrüstungssposen, ob sie in Petersburg, London oder Berlin (oder Genf, die Red.) arrangiert werden.

UNO

Seit Jahrzehnten gibt es Versuche, durch internationale Abkommen und Organisationen wie Völkerbund und UNO, die weltweiten Konflikte im Zaum zu halten.

Der Schiedsgedanke ist nicht nur utopisch, sondern gefährlich und schädlich, weil er Illusionen über den möglichen Sinn und die mögliche Wirksamkeit diplomatischer Abmachungen erweckt; gefährlich und schädlich, weil er die politische Orientierung der Massen, ihre Einsicht in die wirklichen Zusammenhänge und Triebkräfte

der Entwicklung verbaut und verwirrt, weil er die Aufmerksamkeit des Proletariats von dem ablenkt, worauf es für die Arbeiter allein ankommt.

Wir denken, daß es die Aufgabe der SPD ist, offen und eindeutig gegen die Nachrüstung aufzutreten.

Aber diese Politik kann nicht darin bestehen, daß die sozialdemokratischen Parteien jede für sich oder gemeinsam auf internationalen Konferenzen um die Wette Projekte machen und Rezepte für die bürgerliche Demokratie ausklügeln, wie diese den Frieden schließen soll, um die weitere friedliche und demokratische Entwicklung zu ermöglichen. Alle Forderungen, die etwa auf die völlige stückweise Abrüstung, auf die Abschaffung der Geheimdiplomatie, auf Zerschlagung aller Großstaaten in nationale Kleinstaaten und dergleichen mehr hinauslaufen, sind samt und sonders völlig utopisch, solange die kapitalistische Klassengesellschaft das Heft in den Händen behält. Diese kann zumal unter dem jetzigen im-

perialistischen Kurs sowenig auf den heutigen Militarismus, auf die Geheimdiplomatie verzichten, daß die betreffenden Postulate eigentlich mit mehr Konsequenz allesamt auf die glatte „Forderung“ hinauslaufen: **Abschaffung des kapitalistischen Klassenstaates.**

Weltrevolution

Wie kann die Zukunft des Zusammenlebens der Völker nach Abschaffung des Kapitalismus aussehen?

Wir wissen und wollen, daß die Völker sich in edlem Wettstreit gegenüberstehen. Wir wissen und wollen, daß die Völker sich in edlem Wettstreit um die Höhe der Kulturleistungen gegenüberstehen und sich gegenseitig unterstützen sollen.

Wir Sozialdemokraten sind keine Phantasten, deshalb geben wir uns nicht der Hoffnung hin, daß, solange der Kapitalismus auf Erden besteht, an eine Verwirklichung dieses vernünftigen Zustandes zu denken ist — nicht, solange wie eine Klasse die andere ausbeuten und knechten kann. Und gerade deshalb sind wir Sozialisten geworden, um Verhältnisse zu schaffen, in denen alle Menschen als Menschen leben.

Welche Schlußfolgerung ziehst Du aus Deinen Erfahrungen?

Friede bedeutet Weltrevolution des Proletariats! Es gibt keinen anderen Weg, den Frieden wirklich herzustellen und zu sichern, als den Sieg des sozialistischen Proletariats.

Quellenangabe

In der Reihenfolge der Antworten sind die Zitate zu finden:
Band 2/Seite 535, 2/527, 3/29, 4/228, 2/495, 2/495, 5/398 + 2/72, 1a/452 + 2/71, 2/71, 2/73, 2/73, 1b/621, 2/73, 2/424 + 1a/575, 1a/456, 1a/456, 3/28, 4/29, 2/496 + 2/497, 2/498, 4/229, —, 2/535, —

Diese Seiten wurden zusammengestellt von:

**Matthias Stark
Hans Blunck
Dieter Janßen**

Stuttgart, Jungsozialisten



Militärparade im Ostblock: Einschüchterung der Arbeiterklasse

„Ost-West-Konflikt“

Woher kommt das Wettrüsten?

Treffen die Aussagen Rosa Luxemburgs heute überhaupt noch zu, werden sich viele fragen. Schließlich gibt es heute außer Kapitalismus und Imperialismus auch noch den „real existierenden Sozialismus“ auf der Welt.

Durch die Russische Revolution 1917 hatte der Imperialismus eine erste schwere Niederlage erlitten. Nach dem 2. Weltkrieg war halb Europa dem imperialistischen Einflußbereich entzogen. Osteuropa wurde nach dem Vorbild Moskaus umgeformt.

Dadurch bestehen heute in Ost und West zwei fundamental unterschiedliche Gesellschaftssysteme. Auf einer Seite übt eine allmächtige und privilegierte Bürokratie ihre Diktatur auf der Grundlage einer zentralen Planwirtschaft aus. Auf der anderen Seite stehen die „westlichen Marktwirtschaften“: kapitalistisch-imperialistische Staaten

unter der Herrschaft von Finanzkapital und wenigen Großkonzernen auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln. Privateigentum der hauptsächlichlichen Produktionsmittel ist unvereinbar mit einer zentralen Planwirtschaft. Deswegen stehen sich die Systeme unversöhnlich gegenüber.

Die Kapitalisten wissen zwar, daß die stalinistischen Diktatoren des Ostblocks nicht gerade eine magnetische Anziehungskraft auf die westlichen Arbeiter ausüben. Trotzdem geben sie sich beunruhigt über das angebliche „Moskauer Streben nach der Weltrevolution“. Vor allem fürchten sie das große wirtschaftliche Potential, das (trotz Mißwirtschaft, Korruption und Fehlplanungen) in einer Planwirtschaft steckt.

Andererseits wissen die Ostblockbürokraten genau: nur allzu gerne würde der Imperialismus ihr System vernichten, könnte er sich eine realistische Chance dafür ausrechnen. Sie erinnern sich: Schon zweimal hat der Imperialismus die Sowjetunion angegriffen. 1920 drangen 21 verschiedene

Armeen von allen Seiten nach Rußland ein, um die noch junge Sowjetunion zu vernichten. 1941 überfiel Hitler das Land. Bei der ersten Intervention 1920 hatte noch keine privilegierte Bürokratie die staatliche Allmacht an sich gerissen. Die Sowjetunion war noch ein relativ gesunder Arbeiterstaat, aber geschwächt von Krieg und Revolution und ohne große militärische Macht. Damals wurden die imperialistischen Truppen nicht zuletzt mit ideologischen und politischen Waffen zurückgeschlagen.

Die revolutionäre Regierung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte richtete Aufrufe, Flugblätter und Propaganda an die ausländischen Soldaten und an die Arbeiterklasse in deren Heimatländern, mit der Aufforderung zur Desertation und Meuterei, zu Streiks und Demonstrationen gegen den Vormarsch auf Moskau. Das zeigte Wirkung. Es zwang die Imperialisten schließlich zum Abbruch ihrer Operation.

Heute herrscht in der UdSSR eine privilegierte Bürokratie. Diese kann natürlich nicht mehr auf

Appelle an die internationale Solidarität der Arbeiter vertrauen. Solche Appelle können keine Wirkung haben. Arbeiter in Ost und West haben einen gesunden Haß auf stalinistische Diktaturen.

Zur Verteidigung ihres Systems gegen imperialistische Bedrohung verläßt sich die UdSSR-Bürokratie deshalb lieber auf militärische Mittel. Darum muß sie den gigantischen Rüstungswettlauf mitmachen. 14% des Volkseinkommens der UdSSR gehen dabei drauf und hemmen eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung.

Beide Systeme haben riesige Waffenarsenale angehäuft und beide benutzen die ständige Bedrohung durch einen „Angriff“ als ein Mittel, um die eigene Arbeiterklasse zu verwirren und einzuschüchtern. Insofern stützen sich diese Systeme gegenseitig.

Letztenendes ist die einzige Garantie für einen dauerhaften weltweiten Frieden der Sturz der Kapitalisten im Westen und der Bürokratie im Osten und die Schaffung einer weltweiten sozialistischen Demokratie.

HDW-Besetzung

Wichtige Erfahrungen wurden gesammelt

IG-Metall-Vorstand hielt sich zurück

Die erste Betriebsbesetzung in der Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung dauerte neun Tage. So lange besetzte die Belegschaft die Howaldswerke Deutsche Werft (HDW) und gab damit ein wichtiges Signal im Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Zumindest im norddeutschen Raum wurde dieses Signal auch aufgegriffen: Belegschaften anderer Werften und Metallbetriebe organisierten am 20. September Solidaritätsstreiks; Spendengelder und unzählige Solidaritätserklärungen gingen bei der Belegschaft ein; die von Schließung betroffene AG Weser in Bremen wurde ebenfalls für einige Tage besetzt.

Für alle war die neuntägige Besetzung eine wichtige Erfahrung. „Viele von denen, die immer das große Wort im Betrieb geführt hatten, entpuppten sich als Schwätzer. Andere, die immer still waren und nie den Mund aufmachten oder nicht mal gewerkschaftlich organisiert waren, die wurden plötzlich unheimlich aktiv und entwickelten sich in wenigen Tagen mit zu den zuverlässigsten und opferbereitesten Kollegen im Kampf“, erzählte ein Vertrauensmann.

Diese Betriebsbesetzung hat zweifellos ein Zeichen gesetzt, das viele Kollegen in anderen Betrieben aufhorchen ließ. Doch letztendlich hat sie nicht zum Ziel geführt und wurde am 20. September aufgehoben. In einer Urabstimmung entschied sich an diesem Tag die Mehrheit (1.100 : 600) der anwesenden Kollegen für die Aufhebung der Besetzung. Wie ist es dazu gekommen?

Hinter dem HDW-Vorstand standen nicht nur Arbeitgeber der Schiffbauindustrie anderer Werften, sondern auch Bundesregierung und CDU. Denn HDW gehört zu 74,9% dem Salzgitter-Konzern, der wiederum zu 100% Bundes Eigentum ist.

Die HDW-Belegschaft hatte es also mit einer „Konzertierten Aktion“ aus Arbeitgebern und Bundesregierung zu tun. Ihre Aktion war auch ein Kampf gegen die Politik der „Wende“.

Zunächst muß noch mal in Erinnerung gerufen werden, daß die Betriebsratsmehrheit bei HDW zur Liste der „Aktiven Metaller“ gehört, eine Gruppe, die vor Jahren als unbequeme Kämpfer aus der IG-Metall ausgeschlossen worden war. Bei den früheren Aktionen zur Rettung der HDW-Arbeitsplätze (Kundgebungen u.ä.) war es auch immer wieder zu Rangeleien gekommen. So durfte der HDW-Betriebsratsvorsitzende Holger Mahler z.B. bei Kundgebungen der IG-Metall nicht reden.

Doch während der Besetzung traten diese Querelen in den Hintergrund. Wie die Kollegen berichteten, lief die Zusammenarbeit in diesen Tagen auf der Werft ausgezeichnet.

Anders sah es allerdings „höheren Orts“ in der IG-Metall aus. Zwar solidarisierte sich die Bezirksleitung mit der Besetzung,

stehender Vorschriften und Verbote errungen, beim Streikrecht angefangen.

Im übrigen können auch Richter und Justiz durch entsprechende Mobilisierung unter Druck gesetzt werden. Oder glaubt etwa jemand, die Volkszählung wäre vom Bundesverfassungsgericht abgeblasen worden, wenn es nicht vorher eine breite Protestwelle gegeben hätte, und wenn nicht Zehntausende ihre Bereitschaft bekundet hätten, sich über das bestehende Gesetz hinwegzusetzen?

Die HDW-Belegschaft hätte jedenfalls ein bedingungsloses Eintreten der gesamten IG-Metall

Wie ist es schließlich zum Abbruch der Besetzung gekommen? Betriebsrat und Aktionsleitung hatten gehofft, von einer Aufsichtsratssitzung des Konzerns am 19. September wenigstens einige kleine Zugeständnisse mitbringen, und damit die Belegschaft zum weiteren Durchhalten der Besetzung motivieren zu können.

Doch die Unternehmer wichen nicht zurück. (Inzwischen war auch die AG-Weser in Bremen besetzt.) Sie drohten mit weiteren Entlassungen, Strafanzeigen gegen die „Rädelsführer“, acht-Wochen-Sperre des Arbeitslosengel-



doch direkte Unterstützung etwa in Form von Geldzahlungen wollte man ihnen doch nicht zukommen lassen.

IG Metall-Bezirksleiter Otto vom Steeg begründete dies auf einer Solidaritätsveranstaltung so: „In der Bundesrepublik haben wir leider die Situation, daß wir zwar für einen Pfennig Lohnerhöhung ein Massensterk ausrufen dürfen, aber nicht für die Rettung Tausender Arbeitsplätze. Das ist bei uns illegal.“

Für die IGM stellte sich also das Problem, wie leider so häufig, in erster Linie als Rechtsproblem dar. Wie oft haben sich die Arbeitgeber rücksichtslos über Rechte des Betriebsrates hinweggesetzt, wenn sie Massenentlassungen oder Schließungen durchsetzen wollten (wie übrigens auch bei HDW)?

Auf jedem zweiten Gewerkschaftsseminar wird gelehrt, daß neues Recht nur dadurch geschaffen wird, indem man bestehendes Recht bricht. Gilt diese Erkenntnis nur für Seminare und Sonntagsreden? Fast alle Rechte, die sich die Arbeiterbewegung in den letzten 100 Jahren erkämpft hat, wurden unter Verletzung be-

dringend gebraucht. Denn sonst entsteht der Eindruck, wie ihn auch der Sprecher der betrieblichen „Aktionsleitung“, Andreas Müller-Goldenstedt, auf einer Veranstaltung formulierte: „Die Frage ist, ob unsere Gewerkschaften einen solchen Kampf überhaupt wollen. Ich habe da persönlich meine Zweifel.“ Und er wies darauf hin, daß vom Hauptvorstand der IG-Metall nicht mal ein Solidaritätstelegramm gekommen ist.

Betriebliche Aktionsleitung

Die betriebliche Aktionsleitung hat ihr bestes getan und hatte alle Hände voll zu tun. Doch auf sich allein gestellt und auf ihre eigenen Erfahrungen angewiesen, war sie wohl überfordert. Bei Videocolor (Ulm), Rockwell Golde (Frankfurt/Main) und Heckel (Saarbrücken) gab es bereits längere Betriebsbesetzungen. Es wäre für die IG-Metall doch ein Leichtes gewesen, diese Erfahrungen auch der HDW-Aktionsleitung zugänglich zu machen, z.B. ehemalige Kollegen dieser Firmen gleich zu Beginn der Besetzung hinzuzuziehen, damit die HDW'ler nicht von vorne beginnen müssen.

des, Absetzung des Betriebsrates, polizeilicher Räumung der Werft, falls die Besetzung nicht zum nächsten Tag abgebrochen würde.

Die Enttäuschung und Demoralisierung war groß; in der Aktionsleitung war man sich nicht einig, wie es nun weitergehen sollte. In dieser gedrückten Stimmung fand dann die Betriebsversammlung am 20. September statt, auf der entschieden werden sollte, ob die Betriebsbesetzung fortgesetzt wird.

„Die Aktionsleitung gab keine

Empfehlung aus. Die Aktiven Kollegen und Vertrauensleute waren nicht auf die Diskussion vorbereitet. Wenn die Streikleitung selbst nicht weiß wie es weitergeht, wie soll es dann die Belegschaft wissen?“ erklärte Andreas Müller-Goldenstedt. So mußte jeder selbst entscheiden. Ob die Unternehmer ihre Drohungen wirklich durchsetzen könnten, wurde nicht groß diskutiert. Eine polizeiliche Räumung der Werft wäre sehr zweifelhaft gewesen, wenn man bedenkt, daß selbst die Gewerkschaft der Polizei 2.000 DM an den HDW-Solidaritätsfond spendete und daß wirklich die ganze Bevölkerung Hamburgs mit den Besetzern sympathisierte. Selbst die Springer-Blätter wagten es nicht, gegen die HDW'ler zu hetzen. Eine Polizeiaktion hätte wahrscheinlich größere Zusammenstöße und unübersehbare Folgen heraufbeschoren. Zudem fand die Abstimmung noch schriftlich statt, d.h. die Kollegen konnten sich nicht mal umsehen, um festzustellen, wieviele zur weiteren Besetzung bereit waren. Jeder saß vor seinem Stimmzettel und mußte sich entscheiden. So kam das Ergebnis dann zustande.

Folgen

Justiz und Unternehmer reagierten prompt. Das Landesarbeitsgericht hob noch am selben Tag die einstweilige Verfügung wieder auf, die vom HDW-Betriebsrat während der Besetzung gegen die Kündigung erwirkt war. Eine halbe Stunde später verteilte die Geschäftsführung die blauen Briefe an die Betroffenen. Unter den Entlassenen befinden sich 90% der Vertrauensleute und alle Ersatzbetriebsräte!

„Als die Entlassungen bekannt waren, haben viele Kollegen schon wieder bereit, daß sie für Abbruch der Besetzung gestimmt haben“, berichtete Holger Geißelbrecht, Vertrauensmann.

Lehren

Trotz des erfolglosen Ausgangs der Besetzung war diese Aktion eine wichtige Erfahrung im Kampf um die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Betriebsbesetzungen müssen in Zukunft als Kampfmittel von der Gewerkschaft unterstützt werden. Die HDW-Belegschaft hat viel Solidarität erfahren. Die Solidarität hätte aber besser organisiert werden können — wenn die IG-Metall ihren Apparat und ihre Mittel für so einen entscheidenden Kampf ins Feld geführt hätte. Die Ausweitung von Streikaktionen in Norddeutschland, ein Spendenaufruf an alle Metaller in der BRD, die bundesweite Herausgabe von Extra-Blättern der „Metall“ — dies wären nur einige der Möglichkeiten gewesen.

Außerdem müssen weitergehende politische Forderungen unmittelbar in den Kampf eingebracht werden. Die HDW, wie auch andere Werften, können letztendlich nur gerettet werden, wenn der Betrieb unter Kontrolle von Belegschaft und Gewerkschaft fortgeführt und die schon vorhandenen Pläne für neue Produkte mit staatlicher Unterstützung umgesetzt werden.

Angela Bankert

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9.60 DM auf das Postscheckkonto 'VORAN zur sozialistischen Demokratie', Nr. 2500 59-430, PschA Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. 68 nach Zahlungseingang. Einsenden an: VORAN, Reinwardtstr. 2, 5630 Remscheid 11

Name: _____

Anschrift: _____